

bremerFORUM

INFORMATIONEN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN

**ZUKUNFT MACHEN.
GEMEINSAM.**



**LANDESPARTEITAG,
14. MAI, 13:00 UHR,
FISCHBAHNHOF,
BREMERHAVEN**

Unsere ordentliche Landespartei, mit dem wir die Vorstands- und Organisationswahlen auf allen Gliederungsebenen und auch der Arbeitsgemeinschaften abschließen werden, findet am Samstag, 14. Mai 2022 im Fischbahnhof in Bremerhaven statt. Wir freuen uns, mal wieder mit einem Landesparteitag in Bremerhaven zu sein. Und wir freuen uns auf einen produktiven Parteitag, bei dem wir endlich wieder die Gelegenheit haben werden, uns vor Ort persönlich mit vielen Genossinnen und Genossen auszutauschen!

An der Spitze der Landespartei wird es neue Gesichter geben: Die stellvertretende Landesvorsitzende Sarah Ryglewski und Landesschatzmeisterin Gisela Schwelach werden nicht erneut für ihre Ämter kandidieren. Für die Wahl zur stellvertretenden Landesvorsitzenden hat der Unterbezirk Bremen-Stadt Anke Kozlowski vorgeschlagen, für das Amt der Landesschatzmeisterin schlägt der Unterbezirk Bremen-Nord Kirsten Löffelholz vor. Landesvorsitzender Reinhold Wetjen und Schriftführer Karl Bronke sind vom Unterbezirk Bremen-Stadt zur Wiederwahl vorgeschlagen, genauso wie der stellvertretende Landesvorsitzende Swen Awiszus vom Unterbezirk Bremerhaven.

Ein wichtiger Teil des Parteitages sind selbstverständlich die Berichte zur politischen Arbeit des Landesvorstandes, zur Arbeit der SPD-Bürgerschaftsfraktion und zur Arbeit des Senats. Landesvorsitzender Reinhold Wetjen, Bürgermeister Andreas Bovenschulte und Fraktionsvorsitzender

Mustafa Güngör werden aber in ihren Beiträgen nicht nur rückblickend über das letzte Jahr berichten, sondern auf die Aufgaben und Herausforderungen bis zur Bürgerschaftswahl im Mai 2023 eingehen. Das Jahrbuch 2021 mit den umfassenden schriftlichen Berichten ist auf unserer Homepage www.spd-land-bremen.de zu finden.

Ein weiterer Schwerpunkt des Parteitages wird die Beratung von Anträgen sein. Dort wird im Mittelpunkt der Leittrag **„BREMENS AUSBILDUNG STÄRKEN – EINFACHERE ZUGÄNGE ERÖFFNEN, BESSERES LERNEN ERMÖGLICHEN UND MEHR UNTERSTÜTZUNG GEBEN.“** stehen. Der Antrag wurde von der vom Landesvorstand hierfür eingesetzten Projektgruppe, geleitet von Oliver Schmolinski (Landesvorstand) und Aaron Thatje (Jusos), erarbeitet. Unsere zentralen Forderungen oder besser Vorhaben zur Stärkung der beruflichen Ausbildung in Bremen sind:

1. die Ausbildungsplatzlücke verringern. Die Einrichtung eines bremischen Ausbildungsfonds erachten wir dazu weiterhin als essentiell.
2. die Attraktivität der dualen Ausbildung durch eine angemessene Bezahlung, eine klare Perspektive (z. B. auf eine Übernahme) sowie durch eine gesellschaftliche Gleichstellung von Ausbildung und Studium verbessern. Hier kann und muss der öffentliche Dienst eine Vorreiterrolle einnehmen.
3. die Integrationskraft des dualen Systems durch die Errichtung von Berufsausbildungs-Campus-

sen und durch Unterstützung am Ausbildungsplatz erhöhen.

4. das Übergangssystem bedarfsorientiert reformieren und an die Bedürfnisse junger Menschen anpassen.
5. die duale Ausbildung zukunftsfähig gestalten und ihre Inhalte stärker auf gesellschaftliche, ökonomische und technologische Transformation ausrichten. Auch das Lernen an den Berufsschulen soll stärker auf eine zukunftsgerechte Ausbildung orientiert werden.
6. durch gezielte Angebote benachteiligten Personengruppen die Chance auf eine Ausbildung ermöglichen. ■



FOTO: ADOBE STOCK

Unser Vorhaben: Bremens Ausbildung stärken – einfachere Zugänge eröffnen, besseres Lernen ermöglichen und mehr Unterstützung geben.

„ICH WERDE MEIN NEUES AMT AUCH IM INTERESSE BREMENS NUTZEN.“

Interview mit Sarah Ryglewski über ihre Arbeit als Staatsministerin im Bundeskanzleramt



FOTO: SPD LAND BREMEN

Sarah, du bist nicht nur Bremer Bundestagsabgeordnete, sondern seit einigen Monaten auch Staatsministerin im Bundeskanzleramt. Wofür bist du zuständig?

Meine Hauptaufgabe als Staatsministerin ist die Koordinierung der Bund-Länder-Beziehungen. Das bedeutet: Ich halte für das Bundeskanzleramt den Draht zu den Ländern. Viele Gesetze müssen neben dem Bundestag auch von den Ländern im Bundesrat beschlossen werden. Wenn es in einem Gesetzgebungsprozess Abstimmungsbedarf gibt, bin ich als Vermittlerin tätig. Ich halte aber auch den Kontakt in die Bundestagsfraktion oder begleite ressortübergreifende Gesetzgebungsprozesse, bei denen es eventuell hakt. Zudem nehme ich an Sitzungen des Bundeskabinetts teil und vertrete die Bundesregierung im Ältestenrat des Bundestages. Als Stellvertreterin des Chefs des Bundeskanzleramts vertrete ich ihn auch zum Beispiel in internen Sitzungen, wenn er aufgrund anderer Verpflichtungen verhindert ist.

Bist du damit also für das Land Bremen der „direkte Draht“ ins Kanzleramt?

Wie kannst du dich in deiner neuen Funktion für Bremen und Bremerhaven einsetzen?

Natürlich bin ich die Ansprechpartnerin aller Länder. Bei Themen, die für Bremen wichtig sind, höre ich aber noch genauer hin. Und mir ist es wichtig, das neue Amt auch im Interesse Bremens zu nutzen. Schon allein durch meine Funktion als Bundestagsabgeordnete stehe ich in einem regelmäßigen Austausch mit den Verantwortlichen im Bremer Senat. Das erleichtert die Zusammenarbeit natürlich sehr und ermöglicht, viele Vorhaben bereits von Beginn an gemeinsam zu planen und über den gesamten Weg zu begleiten.

Welche Themen beschäftigen dich derzeit am meisten?

Das vorherrschende Thema der letzten Monate war und ist natürlich die Bewältigung der Corona-Pandemie. Ich glaube, dass in dieser Zeit sehr deutlich wurde, wie wichtig es in einem föderalen System ist, dass alle an einem Strang ziehen, um die Corona-Pandemie auch effektiv bekämpfen zu können. Dafür braucht es eine enge Abstimmung zwi-

schen dem Kanzleramt und den Bundesländern. Als Staatsministerin bereite ich zum Beispiel gemeinsam mit den Chefinnen und Chefs der Staatskanzleien die Ministerpräsidentenkonferenzen (MPK) inhaltlich vor. Damit legen wir die Grundlage für die eigentlichen Beratungen und sorgen dafür, dass eine Einigung schnell möglich wird.

Ein weiterer Schwerpunkt meiner derzeitigen Arbeit ist seit einigen Wochen auch die aus Putins Krieg in der Ukraine resultierende Fluchtbewegung. Eine große Herausforderung hier liegt darin, die geflüchteten Menschen bei der Einreise direkt auf das gesamte Bundesgebiet zu verteilen, um insbesondere Berlin und Brandenburg zu entlasten, wo ja die meisten Menschen erstmal ankommen. Unser Anspruch ist es, die Menschen, die Zuflucht bei uns suchen, bestmöglich versorgen zu können. Und das können eben nicht ein oder zwei Bundesländer allein stemmen. Eine enge Abstimmung zwischen den Ländern ist deshalb auch hier elementar, um dies gewährleisten zu können. Allerdings können hier nur Angebote von Seiten der Politik gemacht werden, da

ZUR PERSON:



FOTO: FIONN GROSSE

Sarah Ryglewski, 39, geb. in Köln, Dipl. Politologin. Seit 2002 in Bremen, vertritt seit 2015 Bremen im Bundestag. Seit 2021 Parlamentarische Staatsministerin im Bundeskanzleramt, zuvor Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen. Beisitzerin im SPD-Parteivorstand und seit 2012 Sprecherin des Themenforums Verbraucherpolitik der Bundes-SPD.



FOTO: SPD LAND BREMEN

Josefine Dehn, Mitglied des Vorstandes des SPD-Unterbezirks Bremen-Stadt, führte das Interview mit Sarah Ryglewski für den vorwärts/bremerFORUM.

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesorganisation
Bremen
Violenstraße 43
28195 Bremen
Tel.: 0421/3 50 18-0
Fax: 0421/3 50 18-37
info-bremen@spd.de

Redaktion:
Roland Pahl (V.i.S.d.P.)
Namentlich gezeichnete
Beiträge werden von
den Autoren verant-
wortet.

Seite 4: SPD-Bürger-
schaftsfraktion Bremen,
Marieke Meinhart
(V.i.S.d.P.),
Wachtstraße 27/29,
28195 Bremen

die Ukrainer:innen, anders als bei der Fluchtbewegung in 2015, ihren Aufenthaltsort auch selbst aussuchen können.

Du beschäftigst dich zudem schon lange intensiv mit dem Problem der kommunalen Altschulden, die auch Bremen und Bremerhaven betreffen. Wie kannst du deine politischen Kernthemen mit dem neuen Amt verbinden?

Ich bin froh, dass wir als SPD die Frage der Altschuldenregelung in den Koalitionsvertrag einbringen konnten. Dafür habe ich mich in der vergangenen Legislaturperiode und in der Arbeitsgruppe Finanzen und Haushalt der Ampel-Koalitionsverhandlungen stark gemacht. Denn wie wir in Bremen zu gut wissen, sind kommunale Altschulden oft keine Folge von Verschwendung, sondern von strukturellen Umbrüchen. Stark verschuldete Kommunen haben kaum noch Gestaltungsraum, um für eine gute Daseinsvorsorge vor Ort zu sorgen. Das führt zu ungleichen Lebensbedingungen in Deutschland. Diesen Kommunen muss unter die Arme gegriffen werden, indem Bund und Länder in einem einmaligen Kraftakt ihre Schulden übernehmen und ihnen ermöglichen, in ihre eigene Zukunft investieren zu können. Das fängt bei der Ausstattung von Schulen und Kitas an und geht über den Ausbau des ÖPNV bis zur Bewältigung der großen Herausforderun-



FOTO: FOCKE STRANGMANN

Olaf Scholz gemeinsam mit Sarah Ryglewski beim Betriebsbesuch des Stahlwerks Bremen am 15. Juni 2021

gen, wie Klimaschutz oder Digitalisierung. Dafür brauchen Kommunen finanzielle Handlungsspielräume. Da sowohl der Bund als auch die Länder an der Finanzierung und Umsetzung beteiligt sein werden, wird es auch hier einen Abstimmungsprozess geben, den ich als Staatsministerin aktiv begleiten werde. Jetzt gilt es erstmal, das Thema

auf die Tagesordnung zu setzen, damit eine zeitnahe Umsetzung gewährleistet werden kann. Dafür setze ich mich sowohl als Bundestagsabgeordnete als auch als Staatsministerin verstärkt ein.

Liebe Sarah, vielen Dank für deine Antworten und weiterhin alles Gute! ■

INFO

10-MINUTEN-STADT

Weitere Diskussionsrunden

Auf ihrer Klausur Anfang Oktober hat die SPD-Fraktion ihr Konzept zur 10-Minuten-Stadt beschlossen. Bremen und Bremerhaven, so das Ziel, sollen zu Städten der kurzen Wege werden, in denen die Menschen alles, was sie für das tägliche Leben brauchen, in ihrer direkten Nachbarschaft finden. Das Konzept begleitet die Fraktion mit einer groß angelegten Kampagne. So soll die Öffentlichkeit informiert und zur Diskussion eingeladen werden. Wesentlicher Bestandteil der Planung sind dabei Veranstaltungen in den Stadtteilen. Die ersten dieser Veranstaltungen haben bereits stattgefunden, weitere folgen in den kommenden Wochen.

Alle Informationen und aktuellen Termine gibt es unter:

www.10-minuten-stadt.de



FOTO: CLAIRE ABDO, CLAY BANKS / UNSPLASH, BEARBEITUNG: PAUL-JONAS KAMP

DIE FAMILIENCARD KOMMT

Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren erhalten auf Initiative der SPD-Fraktion 60 Euro Guthaben für Freizeitaktivitäten

Alle Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren erhalten in diesem und im kommenden Jahr eine Karte mit 60 Euro Guthaben, das für Freizeitangebote genutzt werden kann. Das hat die Bürgerschaft auf Initiative der SPD-Fraktion beschlossen. „Wir tun das, weil Kinder und Jugendliche nach wie vor von den Auswirkungen der Pandemie stark betroffen sind. Mit der FamilienCard ermöglichen wir ihnen ein Stück Normalität, gesellschaftliche Teilhabe und kompensieren damit auch ‚entgangene Freuden‘“, betonte Birgitt Pfeiffer, familienpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion.

„Wir alle wissen: Kinder und Jugendliche haben während der Pandemie in besonderer Weise Einschränkungen erlebt“, sagte Pfeiffer in ihrer Rede. Ihnen sei zum Schutz Älterer und vulnerabler

Gruppen eine Menge zugemutet worden. „Sie mussten, ob durch Kita- und Schulschließungen oder Quarantänen, Wochen und Monate zuhause bleiben. Soziale und kulturelle Teilhabe waren lange nicht oder nur eingeschränkt möglich. Und all das ist dann besonders schwierig zu verkraften, wenn zu den eigenen vier Wänden kein Garten gehört oder die Wohnung eher klein ist.“

Pfeiffer weiter: „Es ist daher gut und richtig, dass sich die Koalition mit der Einführung einer FamilienCard zu einem großen Schritt entschlossen hat. Es ist richtig, damit eine Verbeugung zu machen vor der Leistung, die Kinder und Jugendliche erbringen mussten.“ Die 60 Euro, die pro Jahr als Guthaben zur Verfügung stehen, können für jugendgerechte Zwecke genutzt werden. Das können die Stadtbibliothek, Museen, Theater oder die

Bäder ebenso sein wie kommerzielle Anbieter von zum Beispiel Kinos, Minigolfanlagen, Abenteuer- und Erlebniswelten.

Pfeiffer betonte, es sei eine bewusste Entscheidung gewesen, dass alle Kinder und Jugendlichen die FamilienCard erhalten sollen. Zum einen, weil auch alle die Einschränkungen der vergangenen beiden Jahre erleben mussten. Zum anderen, damit kein Diskriminierungsbestandteil geschaffen wird. „Niemand wird an der Kasse befangen sein müssen oder sich gar schämen, eine Karte vorzulegen, während andere bar bezahlen.“

Klar sei, dass Angebote in den jeweiligen Stadtteilen benötigt werden, betonte Pfeiffer. Dass die Umsetzung nun mit einem ehrgeizigen Zeitplan versehen werde, sei aber ein richtiges Vorgehen. Dabei sei die Umsetzung keineswegs trivial, da es eine FamilienCard, wie sie Bremen nun einführt – also für alle Kinder und nicht nur an bestimmte soziale Gruppen gerichtet und unter Einbeziehung auch kommerzieller Anbieter –, in Deutschland noch nicht gebe. Sie sei daher froh, dass das Rathaus sich bereit erklärt habe, die Umsetzung in die Hand zu nehmen, auch wenn alle Ressorts hier in der Pflicht seien.

„Wir alle wissen, dass umfassende gesellschaftliche Teilhabe nicht mit einer FamilienCard allein zu lösen ist“, so Pfeiffer abschließend. „Aber sie ist ein Dankeschön, ein Stück Aufmerksamkeit und ein bisschen auch der Versuch, das, was Kindern und Jugendlichen in den vergangenen zwei Jahren entgangen ist, wenigstens ein Stück weit wieder gut zu machen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.“ ■

ONLINE-WACHEN WERDEN ERWEITERT

Bürgerschaft beschließt weiteren Antrag aus dem 10-Minuten-Stadt-Konzept der SPD-Fraktion

Die 10-Minuten-Stadt ist eine Stadt der kurzen Wege. „Und diese Idee kann auch in der digitalen Welt Anklang finden“, sagte der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Kevin Lenkeit, in der Bürgerschaft. In diesem Sinne hat das Parlament einstimmig auf Initiative der SPD-Fraktion einen Antrag beschlossen, der das Ziel hat, das Angebot der Onlinewache der Polizei deutlich zu erweitern.

Die SPD-Fraktion hatte auf ihrer Klausur im vergangenen Oktober in ihr Konzept zur 10-Minuten-Stadt auch einen Ausbau der Onlinewache der Polizei aufgenommen. Bei der Polizei Bremen ist eine Online-Anzeige bislang für Sachbeschädigung, Fahrraddiebstahl und Dokumentendiebstahl und bei der Orts-

polizeibehörde Bremerhaven für Sachbeschädigung, Fahrraddiebstahl sowie Online-Hasskommentare möglich. Häufig zögen diese Anzeigen keine umfangreichen Ermittlungen nach sich, sondern dienten vor allem der Geltendmachung von Versicherungsansprüchen, erklärte Lenkeit. Der nun beschlossene Antrag sieht daher vor, auf Grundlage der Erfahrungen in anderen Ländern die Möglichkeit zu schaffen, möglichst Straftaten jeglicher Art auch online zur Anzeige zu bringen. Auch sachdienliche Hinweise und Mitteilungen sollen für die Bürger:innen dort möglich sein.

„Eine Online-Anzeige bietet allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, direkt vom heimischen Sofa eine Anzeige zu erstatten“, sagte der Sozial-



demokrat. „Damit kann der erste Weg zum Polizeirevier entfallen. Und die Diskussion in den Stadt- und Ortsteilen zur Zentralisierung von Polizeirevieren im Hinterkopf, passt diese Strategie natürlich zusammen. Wir wollen mehr Polizist:innen auf den Straßen, nicht nachts auf den Revieren.“ ■